„Der Courier"
ist die führende Zeitung für die deutsch sprechenden Canadier.
Erscheint jeden Mittwoch.
Bezugspreis:
für Canada $2.50
für Ausland $3.50
Büros und Druckerei:
1835 Halifax Straße, Regina.

Der Courier

"The Courier"
is the leading Canadian Paper in the German language.
Issued every Wednesday.
Subscription price:
in Canada $2.50
to foreign countries .. $3.50
Offices and printing plant:
1835 Halifax Street, Regina.

Organ der deutschsprechenden Canadier

18. Jahrgang | 12 Seiten | Regina, Saskatchewan, Mittwoch, den 3. Dezember 1924 | 12 Seiten | Nummer 4

Klagen über das Gradieren des Getreides

Wheat Pool verweist seine Mitglieder an den „Board of Grain Commissioners"

Wie uns die Hauptstelle des Saskatchewan Wheat Pool mitteilt, laufen fortwährend Klagen über zu geringe Gradierung des Getreides in großer Zahl ein. Die Klagen werden, soweit möglich, untersucht, um die Interessen der Poolmitglieder zu schützen. Die meisten Beschwerden können jedoch vom Pool nicht berücksichtigt werden. Deswegen rät die Hauptstelle des Pool allen Beschwerdeführern, sich an den „Board of Grain Commissioners, Fort William" zu wenden. Das canadische Getreidegesetz besagt in Abschnitt 175 folgendes: „Der Board hat die Vollmacht, alle Bücher, Urkunden und Papiere, die sich auf das Geschäft beziehen, zu prüfen und zu inspizieren, ebenso alle Wagen, Maschinen und sonstigen Geräte und ihre Verwendung, ferner Zeugenaussagen unter Eid entgegenzunehmen." Das bezieht sich auf das Geschäft der Elevator-Companien.

Der „Board of Grain Commissioners" besteht aus drei Leuten, von denen zwei einmal im Westen gefarmt haben. Der Board hat kein Interesse am Getreidegeschäft und ist von der canadischen Regierung nur zu dem einzigen Zweck eingesetzt worden, die Ausführung des canadischen Getreidegesetzes zu überwachen, alle Klagen in Verbindung damit zu untersuchen und in jedem Falle ein unparteiisches Urteil zu fällen. Der Board ist daher die geeignete Körperschaft, dem alle Beschwerden, die mit dem Gesetz in Zusammenhang stehen, unterbreitet werden sollten.

Der Saskatchewan Wheat Pool erklärt sich jedoch bereit, alles zu tun, was in seiner Kraft steht, um die Farmer bei Einreichung ihrer Klagen beim Board zu unterstützen. Alle Beschwerden, die durch Vermittlung der Hauptelle des Pools an den Board gerichtet werden, müssen auch genaue Einzelheiten enthalten, damit der „Board of Grain Commissioners" eine feste Grundlage für seine Untersuchungen hat.

Amerikanischer Millionengauner auf canadischem Boden verhaftet

Zwei Millionen Dollars erschwindelt. Seine Verwandten und Freunde betrogen.

Halifax, N. S. — Der von den amerikanischen Bundesbehörden wegen Mißbrauches der Post zu Betrügereien im Gesamtbetrage von rund zwei Millionen Dollar verfolgte frühere Chicagoer Rechtsanwalt Leo Koretz, der seit längerer Zeit unter dem angenommenen Namen Lou Keyte hier gelebt hat, wurde in einem hiesigen Hotel verhaftet und hat sich bereit erklärt, ohne Rechtsmittel gegen seine Auslieferung zu ergreifen, der Staatsanwaltschaft in Chicago vorgeführt zu werden.

Sharborn teilt mit, daß Koretz Chicago vor nahezu einem Jahr mit einer Barschaft von zwei Millionen Dollar verlassen hat und seither als verschollen galt. Die Nachforschungen der Behörden nach seinem Verbleib waren aber unausgesetzt in nahezu allen Teilen der Welt fortgesetzt worden. Es wurde ermittelt, daß Koretz im März d. J. nach Neuschottland kam, dort die in der Nähe von Liverpool gelegene Residenz „Pinehurst" um $18,000 ankaufte und den Wert des Besitztums durch Ausbau seither um $35,000 erhöhte. Er gab sich in Neuschottland für einen Millionär von New York aus und sagte, eine schwere Krankheit habe eine Luftveränderung für ihn nötig gemacht. Koretz, der bei seiner Flucht aus Chicago glattrasiert war, ließ sich seither einen Vollbart wachsen.

Er nahm an dem Gemeinwesen, in dem er sich niedergelassen hatte, einen regen Anteil und wußte sich durch seine Freigebigkeit und sein einnehmendes Benehmen rasch beliebt zu machen. Er stattete Halifax häufige Besuche ab und wurde dort ein Mitglied des exklusiven Jachtklubs. Er hatte sich den Namen Keyte beigelegt und war im Besitz erstklassiger finanzieller Referenzen der Bank von Neuschottland.

Als Koretz in Haft genommen wurde, gab er seine Identität unumwunden zu und erklärte, bezüglich des Auslieferungsverfahrens keine Schwierigkeiten machen zu wollen.

Die Auslieferungsdokumente wurden mit Zustimmung von Koretz im Countygericht von Halifax ausgefertigt. Als Koretz mitgeteilt wurde, daß er gesetzlich 15 Tage Zeit habe, seine Verteidigung gegen die Auslieferung vorzubereiten, erklärte er, darauf zu verzichten und bat um rasche Erledigung der Formalitäten mit der Regierung in Ottawa.

Koretz wurde durch seinen Schwindel mit dem fingierten Landentwicklungsprojekt von Bayano in Panama bekannt. Eine große Anzahl beteiligte sich mit erheblichen Beträgen an diesem Projekt, das nach Versicherung von Koretz Millionen abwerfen sollte. Er betrog alle seine Freunde, die ihm blindlings vertrauten, und auch seine Familie, indem er, wie nach seinem Verschwinden ausgefunden wurde, ein Doppelleben führte und ohne Wissen seiner Gattin eine zweite, reich ausgestattete Wohnung in Chicago gemietet hatte, in der er Frauen bewirtete. Seine Gattin hatte trotzdem das Vertrauen in Koretz nicht verloren und obwohl sie sich seit seinem Verschwinden in verschiedenen Stellungen kümmerlich durchbringen mußte, glaubte sie doch nicht, daß ihr Gatte des absichtlichen Betruges schuldig war. Koretz hatte nicht nur seinen Freunden und unzähligen Fremden, sondern auch seiner Mutter und seinen Geschwistern Geld entlockt.

Als sich einige, die ihre ganzen Ersparnisse Koretz gegeben hatten, mit bloßen Versprechungen nicht länger abspeisen lassen wollten, arrangierte er eine Reise nach Bayano, die von einem sechsgliedrigen Komitee der an dem Projekt beteiligten Leute zur Inspektion unternommen werden sollte. Das Komitee trat auch die Reise an, bald aber nach ihrer Abfahrt verschwand Koretz, und als die sechs Komiteemitglieder zurückkehrten, berichteten sie, daß nach ihrer Ueberzeugung das ganze Projekt ein Schwindel sei.

Auf die Ergreifung von Koretz war von der „Chicago Title & Trust Co." eine Belohnung von $10,000 ausgesetzt.

Koretz wurde zuerst am 5. Dezember v. J. vermißt und seither sind verschiedene Spuren, die nach Afrika, Argentinien, Mexiko und Europa führten, verfolgt worden. Erst vor kurzem war von einem Chicagoer der Staatsanwaltschaft in Chicago berichtet worden, daß er Koretz im Osten gesehen habe. Diese Spur wurde sofort aufgenommen und führte endlich zur Verhaftung des Flüchtigen.

Es wurde bekannt, daß Leo Koretz sich dadurch verriet, daß er einem Schneider in Halifax bei der Bestellung eines Anzuges einen alten Rock als Muster für den von ihm gewünschten Schnitt gab. Beim Zertrennen des Rockes fand der Schneider im Futter den Namen „Leo Koretz" und den der Firma, die den Anzug in Chicago angefertigt hatte, eingenäht. Ein anderer Kunde des Schneiders, dem dieser von dem Funde Mitteilung machte, verständigte die Polizei und die Entlarfung des Schwindlers folgte.

Der neue liberale Führer von Alberta

Edmonton. — Auf einer liberalen Konvention in Calgary, die von 600 Delegaten aus allen Teilen Albertas besucht war, wurde unter lebhafter Begeisterung Charles R. Mitchell, Mitglied der Alberta-Legislatur und früherer Provinzialschatzmeister, durch Akklamation gewählt. Neun andere Kandidaten, die im Felde standen, traten freiwillig zurück. Mitchell ist der Nachfolger für Hon. J. R. Boyle, der an den obersten Gerichtshof berufen wurde.

Die Konvention, die 52 Wahlkreise vertrat, beschäftigte sich auch mit anderen Fragen. Besonders nachdrücklich setzten sich die Delegaten von Nordalberta für eine bessere Berücksichtigung ihrer Distrikte ein.

Belfast. — Der irische republikanische Führer Eamon De Valera ist wieder in Freiheit gesetzt.

Alkoholfrage, Unterrichtswesen und Wheat Pool in der Saskatchewan-Legislatur

Abg. Therres, Humboldt, für Berücksichtigung der Mennoniten in der Schulfrage

Resolution über Thronrede angenommen

Regina. — Mit bemerkenswerter Offenheit und mit erfreulichem Mute bekannten sich im Fortgang der Debatte über die Thronrede in der Saskatchewan-Legislatur Sydney Bingham (Opposition, Wilkie) und D. J. Sykes (Regierung, Swift Current) zu einer vernünftigen Regelung der Alkoholfrage nach dem Muster des Albertasystems.

Sykes meinte, die Regierung sollte wohl fähig sein, einen Plan vorzulegen, der den Systemen von Alberta und Manitoba überlegen sei. Im Interesse der Wahrheit müsse er sagen, daß er nicht eine einzige Frau in den sogenannten Biergärten von Alberta gesehen habe. Er habe die beiden Provinzen Manitoba und Alberta besucht und er sei ohne Schwierigkeit zu der Ueberzeugung gelangt, daß das System von Alberta das bessere sei. Da man in Alberta mühelos ein Glas Bier um 10 Cents bekomme, sei nach Aussage aller Leute das Schnapstrinken bedeutend zurückgegangen. Auch sei das Gesetz bedeutend leichter durchzuführen als anderwärts. Es sei natürlich für jede Regierung unmöglich, ein Gesetz einzubringen, das allen gefalle.

Der Oppositionsabgeordnete Bingham bemerkte, er sei enttäuscht gewesen, als das Ergebnis von der Volksabstimmung bekannt gemacht worden sei, weil die Klausel B nicht allgemein angenommen wurde. Er habe stets die Ansicht vertreten, daß nur bei Bierausschank per Glas eine gesunde und brauchbare Regelung getroffen werden könne. Er habe daher auch immer für dieses Prinzip gekämpft. Die Antwort des Premier an die Hotelbesitzer habe ihn überrascht, weil der Premier sich gegen die Beteiligung von Privatinteressen am Alkoholgeschäft ausgesprochen habe. Unter anderen Umständen hätte er den Premier unterstützen können, aber er fürchte nicht so sehr die Hotelbesitzer als die Bootleggers und andere Kreise. Er sei nicht so sehr gegen den Alkoholverkauf durch die Hotels als vielmehr dagegen, daß das ganze System in die Hände von Parteifreunden der Provinzialregierung gelegt werde. Die Regierung könne den Alkoholverkauf niemals so überwachen als wenn strenge Strafen für Uebertretung des Gesetzes vorhanden seien. Dafür sei er immer eingetreten. Wenn jedoch der Alkoholverkauf in die Hände von Parteifreunden der Regierung gelegt werde, sei es immer schwer, sie wegen Uebertretung des Gesetzes zu bestrafen.

Am Dienstag ergriff McNiven (Regierung, Regina) das Wort und sprach sich für Regierungskontrolle aus, damit alle, die es wünschten, alkoholische Getränke kaufen könnten. Das werde die Tätigkeit der Bootleggers und der Heimbrauer unmöglich machen oder beschneiden. Die zweite Frage sei bei der Volksabstimmung nicht in der klaren Weise wie die erste beantwortet worden, aber immerhin sei ein großer Teil der Provinz für Bier. Sei das Bier zu einem angemessenen Preise leicht erhältlich, so würden dadurch viele durch die Prohibition entstandene Uebelstände beseitigt und der Verkauf von schweren Getränken eingeschränkt werden. Das neue Alkoholgesetz müsse die tatkräftige Unterstützung der ganzen Bevölkerung der Provinz erhalten.

Der Unterrichtsminister, Hon. S. J. Latta, verteidigte das Unterrichtssystem von Saskatchewan, das weit besser sei als die Systeme in anderen Provinzen der Dominion. Die Kinder würden nicht nur für geistige Berufe herangebildet, sondern alle ihre Fähigkeiten würden zur Entfaltung gebracht, sodaß sie für jeden Beruf geeignet und in der Lage seien, später einmal ihre Stellung als Bürger dieses Landes voll auszufüllen. Eine Planke in der Plattform der provinzialen progressiven Partei sei die Untersuchung und Revision des ganzen Unterrichtswesens. Diese Forderung werde von dem Department fortwährend erfüllt, da das ganze Unterrichtswesen in der Entwicklung begriffen sei. Eine andere Planke in der Progressiven Plattform sei der Vorschlag, die Angelegenheiten des Unterrichtswesens der Sphäre des politischen Einflusses zu entziehen. Er fordere die Opposition auf, auch nur einen Fall zu nennen, in dem das jetzige System in die Politik hineingezogen worden oder eine Stellenbesetzung unter politischem Drucke erfolgt sei. Auch möge man ihm nur eine einzige Person nennen, die eine Stellung im Department innehabe und für diese nicht geeignet sei.

W. H. Harvey (Opposition, Kinderslen) sprach von den Fortschritten des Wheat Pools. Nur müsse er eine gute Führung haben und von den Weizenproduzenten der Provinz unterstützt werden. Dann könne er erfolgreich arbeiten. Wenn die Farmer einen guten Preis für ihren Weizen erhielten, dann könnten sie auch Einwanderer ins Land kommen lassen und mit ihnen ihren Wohlstand teilen. Er gab zu, daß die gemischte Farmwirtschaft ein Heilmittel für gewisse Verhältnisse der Provinz sein könne. Ferner wandte sich Harvey ganz entschieden gegen jedes Zusammenwerfen der Konservativen mit den Progressiven.

Das Regierungsmitglied W. G. Baker von Moose Jaw City wagte sich auf das Gebiet der hohen Politik und meinte, das Ansehen des britischen Reiches sei durch Ramsay Macdonald wiederhergestellt worden, da er den Geist der Duldung und Freundschaft in den internationalen Beziehungen erneuert habe. Die verrückte Jagd nach der militärischen

(Fortsetzung auf Seite 5.)

Sturmszenen in der französischen Kammer

Wüstes Schreien und Ballen der Fäuste

Paris, 30. Nov. — Die Kammer erteilte mit 318 gegen 196 Stimmen der Regierung in Sachen der Interpellation des Abgeordneten Pierre Taittinger über gewisse Vorgänge am letzten Sonntag gelegentlich der Beisetzung der Leiche des bei Kriegsausbruch ermordeten Jaures im Pantheon ein Vertrauensvotum.

Während der Debatte kam es zu heftigen Szenen, die den Premier Herriot veranlaßten, zu erklären, er würde ein ablehnendes Votum dahin auslegen müssen, daß die Kammer ihr Vertrauen in seine Regierung verloren habe.

Der Marsch der Kommunisten am letzten Sonntag durch Paris wurde von Taittinger als „revolutionäre Saturnalie" charakterisiert. Er machte geltend, Kriegsminister Nollet sei gezwungen gewesen, zu fliehen, um den revolutionären Kundgebungen zu entgehen und die Passanten habe man gezwungen, die rote Fahne zu grüßen. Als er sich dann zu der Behauptung verstieg, die Gefahr sei durch die Anwesenheit der internationalen Unterwelt noch erhöht worden, wurde ihm von der extremen Linken zugerufen, er solle doch auch von der internationalen Ueberwelt und von Billets-Schecks sprechen.

Diese letzte Anspielung galt Senator Billet, welcher als Präsident des Verbands der wirtschaftlichen Interessen von der Linken beschuldigt wird, in der letzten Wahl einen großen Fonds von Kampagnegeldern verwaltet zu haben.

Taittinger erhob die Anschuldigung, Mitglieder der derzeitigen Regierung hätten Gelder von diesem Verband erhalten.

„Namen nennen!" erscholl es von allen Seiten. Der Redner erklärte, es liege eine Namensliste von Leuten aus dem Rhone-Departement vor, die Gelder erhalten hätten, Herriots Name befinde sich auf dieser Liste.

Premier Herriot erwiderte, der Vorfall habe sich bei den Wahlen in 1919 und nicht 1924 zugetragen, wie der Abgeordnete es darzustellen versuche. Der Verband habe zu jener Zeit ein durchaus ehrbares Ziel verfolgt und Senator Billet habe einfach versucht, aus seiner, Herriots, Popularität Nutzen zu ziehen.

Da der Ruf nach Nennung von Namen nicht aufhören wollte, konnte Taittinger seine Rede nicht zu Ende führen, stammelte aber, er könne Namen nur vor einer Untersuchungskommission nennen. Er wurde so aufgeregt, daß er während des Auf- und Zuklappens der Pulte durch die Abgeordneten, der Erhebung von Fäusten und dem wüsten Schreien nach Namen das Rostrum verließ. Der Tumult wuchs in einer solchen Weise an, daß Vize-Präsident Bouisson bereits nach seinem Hut griff, um die Sitzung zu vertagen.

In diesem Augenblick erhob sich Premier Herriot, um einige Angaben über die Vorkommnisse am letzten Sonntag zu machen. Wie er erklärte, sind die Berichte über die Unruhen stark übertrieben. General Nollet, sagte er, sei nicht geflohen. „Nollet", setzte er hinzu, „sei außer Stande zu fliehen." Im übrigen habe die Regierung nur das republikanische Gesetz respektiert, welches das Entfalten der roten Fahne, solange diese keine Inschrift aufweist, duldet.

„Die Regierung", fuhr der Premier fort, „wird den Kommunismus bekämpfen. Wir stehen für die Republik, deren Prinzipien und Doktrin, ein und vertrauen in die Tugenden des Volkes."

Kaspische Flotte zusammengebrochen.

Alle Versuche, die sogenannte Kaspi-Flotte nutzbringend zu verwerten, sollen fehlgeschlagen sein, weshalb jetzt ihre Verpachtung an das Ausland erwogen wird.

Ueberraschender Wahlsieg der canadischen Regierung

Liberaler gewinnt West Hastings.

Belleville, Ont. — In der Ersatzwahl für das canadische Parlament im Wahlkreise West Hastings trug der Liberale Charles Edward Hanna den Sieg über seinen konservativen Gegner E. Guy Porter mit einer Mehrheit von mehr als 400 Stimmen davon. Der Konservative Porter hatte in der letzten allgemeinen Wahl den Sitz mit einer Mehrheit von 1,178 Stimmen gewonnen.

Porter hatte den Arbeitsminister der King-Regierung, Hon. James Murdock, scharf angegriffen und wegen Zurückziehung von Geldern aus der Home Bank ihn schweren Anklagen ausgesetzt. Daraufhin legte Porter sein Mandat nieder, um die Stellungnahme seines Wahlkreises kennen zu lernen. Der Ausgang der Wahl wird daher von den Liberalen auch als eine Art Rechtfertigung für den Arbeitsminister aufgefaßt.

Unzweifelhaft trägt die Wahl von West Hastings in nicht geringem Maße zur Stärkung der Regierung King bei, da man daraus den Schluß ableiten kann, daß das Vertrauen zu den jetzigen Staatsmännern in Ottawa und zu ihrer liberalen Partei noch weit mehr lebendig ist als der konservative Führer Meighen den Canadiern glauben machen möchte.

Canadas Anteil an den deutschen Reparationszahlungen

Ottawa. — Senator N. A. Belcourt, der Canada auf der Londoner Konferenz im letzten Juli vertrat, erklärte in einer Ansprache vor dem Canadian Club in Ottawa, Canada würde nach dem Dawes-Reparationsplan während der nächsten 30 Jahre ungefähr $294,000,000 erhalten. Das sei aber keine amtliche, sondern seine eigene Schätzung. Deutschland, so sagte er, habe bis jetzt alle seine Verpflichtungen erfüllt und es bestehe günstige Aussicht auf eine neue Aera des guten Willens, der Verständigung und Duldung unter den Völkern.

Kämpfe zwischen britischen und ägyptischen Truppen

Gerüchte von neuen Attentatsplänen

Kairo, 30. Nov. — Zwei Abteilungen des elften sudanesischen Regiments in Khartum meuterten und griffen das Militärlazarett an. Sie töteten britische Untertanen und zwei syrische Aerzte. Britische Truppen feuerten auf die Meuterer, die schwere Verluste erlitten.

Nach späterer amtlicher Ankündigung ergaben sich die überlebenden Meuterer in Khartum den Briten. Die Meuterei im Sudan war ernster, als die ersten Meldungen erkennen ließen. Fanatische sudanesische Soldaten, welche sich des Militärhospitals in Khartum bemächtigt, leisteten beim Eingreifen britischer Regulärer auf den Straßen erbitterten Widerstand. Die Schwarzen kämpften wie in der Falle gefangene Ratten, als die Briten sie umzingelt hatten. Sie wurden durch mehrfache Salven niedergeschossen. Bei den Straßenkämpfen fielen zwei britische Offiziere, acht britische Soldaten wurden verwundet. Bedenklich vom britischen Gesichtspunkt aus ist, daß die Meuterer wirkliche Sudanesen, keine Aegypter, waren. Die eingeborenen Offiziere wurden auf Befehl des britischen Oberkommandos entfernt. Aus Erbitterung hierüber begannen die Schwarzen ihren aussichtslosen Aufstand. Das Militärhospital liegt am Nilufer, fast im Mittelpunkt der Stadt.

Eine der britischen Forderungen nach Ermordung des Sirdar der ägyptischen Armee war die Entfernung aller ägyptischen Truppenteile aus dem Sudan. Als der stellvertretende Sirdar die nötigen Anweisungen gab, verweigerten die ägyptischen Offiziere und Soldaten den Gehorsam und leisteten Widerstand. Sie erklärten, nicht abziehen zu wollen, außer wenn sie Befehl von der ägyptischen Regierung erhalten. Britische Truppen umzingelten darauf die Aegypter und die Regierung in Khartum, Hauptstadt des Sudan, ersuchte Kairo telegraphisch um Ausstellung solcher Befehle. Nach einer Sitzung des ägyptischen Ministeriums verfügte der Kriegsminister den Abzug, um unnützes Blutvergießen zu verhüten.

Zwölf weitere Personen wurden in Kairo verhaftet. Die Polizei will im Ganzen 35 zur Vorsicht festhalten. Vier hervorragende Mitglieder der Nationalpartei, zu welcher der frühere Premier Zagloul gehört, wurden von den britischen Behörden verhaftet und der ägyptischen Regierung übergeben. Amtliche Kreise in London erklärten, die Verhafteten seien Führer einer Verschwörung gegen die britischen Interessen.

Die Polizei vereitelte einen Anschlag zur Ermordung von Lord Allenby und von Mitgliedern des neuen ägyptischen Kabinetts. Als Rädelsführer kam ein Student in Haft. Britisches Militär unterstützt die Polizei bei den Bemühungen auf Ergreifung von andern Mitgliedern der Mörderbande.

Die zwei übrigen Abteilungen des 11. Sudan-Regiments sind ebenfalls unzufrieden. Dieses Regiment gab schon vor Monaten Anlaß zu Wirren. Britische Reiterei, Infanterie und ein Luftgeschwader gingen sofort in Tätigkeit, als der Bericht über die Meuterei in Kairo eintraf. Infanterie zieht durch die Straßen, britische Flugzeuge fliegen über Orten der Umgebung.

Ein weiterer Protest.

Genf, 30. Nov. — Der Völkerbund erhielt vom ägyptischen Senat einen Protest, welcher die britische Handlungsweise in Aegypten verurteilt. Das Schriftstück ist ähnlich gehalten wie die Mitteilung von der ägyptischen Deputiertenkammer.

Auch ein Schreiben von Hymans, dem Vorsitzenden des Ligarats, kam. Er teilt dem Generalsekretär Sir Eric Drummond mit, daß er bereits direkt vom Präsidenten der ägyptischen Kammer eine Abschrift des Protestes erhalten habe.

(Siehe auch Editorialartikel und Nachrichten auf Seite 2!)

Kommunistische Schreckenstruppe

Rote Terrorpläne für die Reichstagswahlen

Berlin, 30. Nov. — Nach den Plänen der Kommunisten soll der Terror in der Reichstagswahl vom 7. Dezember eine Rolle spielen. Sie gründeten eine große Organisation von Truppen, den „Roten Frontkämpferbund", aus den entschlossensten Elementen der roten Partei bestehend. Die meisten Mitglieder waren in den Schützengräben und viele gehörten zu den Hundertschaften, welche die Regierung vor Anem Jahr auflösen ließ. Eine Unterabteilung heißt der „Rote Jungsturm". Die Tätigkeit dieser Gruppe richtet sich hauptsächlich gegen die neue republikanische Vereinigung „Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold", aber auch den Faszistentruppen von Hitler u. Ludendorff wird Aufmerksamkeit zugewandt. Die Bildung der roten Gruppe steht im Einklang mit Anweisungen aus Moskau. Nach diesen Befehlen sollen Arbeitertruppen gegen die „Versklavung des deutschen Proletariats durch die Sklavenketten der Dawes-Herrschaft" verwendet werden.

Polizei und Reichswehr halten ein scharfes Auge auf die roten Verbände. Sie fürchten, daß sie Arbeiteraufstände in Sachsen, Berlin und anderen industriellen Mittelpunkten anzustiften suchen. Die Reichswehr errichtet in vielen Garnisonen Drahtverhaue. Alle Garnisonen sind auf volle Stärke gebracht. Leiter von Polizei und Armee erwarten infolge des Wahlfeldzuges keinen eigentlichen Putsch, trafen aber Vorkehrungen für alle Möglichkeiten. Vorbereitungen gegen einen möglichen Ausbruch unmittelbar nach der Wahl durch eine enttäuschte Gruppe sind getroffen. Da die Nationalisten wahrscheinlich Rückschläge erleiden, nimmt man an, daß die Vorkehrungen der Möglichkeit eines alldeutschen Putsches gelten. Die Völkischen sind jedoch augenblicklich unter sich gespalten. Sie waren stets mehr oder minder uneinig, die Kluft scheint aber diesmal tiefer. Die Industriellen sind nicht gewillt, weiteres Geld in ihre Kasse zu werfen, was verschiedenen den Kampfgeist nimmt. Zugleich scheinen die Kassen der Kommunisten völlig leer. Moskau, das bisher den Kassen der Roten in Deutschland einen Goldstrom zugeführt haben soll, ist offenbar nicht mehr so freigebig. Allein Moskau beteiligt sich an der roten Agitation. Abgesehen von ihrem neuen Verband sind die Roten übel daran. Ihre Führer verfolgt die Polizei, die sofort nach Auflösung des Reichstags eine Jagd auf rote Abgeordnete veranstaltete. Die polizeilichen Nachforschungen hielten die kommunistischen Wahlredner im Hintergrund, der Feldzug ist auf Agitation in den Fabriken und die Spalten der „Roten Fahne" beschränkt. Die Kommunisten werden bei der Wahl stark an die Sozialisten verlieren. Aber sie verfügen noch immer über eine große Zahl von Wählern, wenn auch die Bewegung schon seit 1921 ihre Kraft verloren hat.

Die Mittelparteien äußern sich zuversichtlich über die Wahlaussicht. Wie sie sagen, werden die radikalen Parteien der Rechten und der Linken zum Nutzen der mittleren Gruppe verlieren.

Eisenbahnunglücke in den Ver. Staaten

Chicago, 28. Nov. — Zwei Unfälle an Geleisekreuzungen in der Nähe von Chicago brachten gestern Nacht acht Menschen den Tod. Zwei sind tödlich, ein Person ist schwer verwundet. Fünf junge Leute wurden in dem 39 Meilen entfernten Aurora getötet, als ein Postzug ihr Automobil zertrümmerte. Der einzige Ueberlebende ist nach Aerzten des Krankenhauses verloren. In Lombard, Ill., 20 Meilen westlich von Chicago, kamen drei Frauen ums Leben. Ein Chicago und Northwestern Passagierzug überfuhr eine Autogesellschaft. Die Aurora-Gesellschaft kehrte von einer langen Ausfahrt nach Hause zurück. Zwei Mädchen wurden auf der Stelle getötet, die drei andern Personen starben, während Mitglieder des Zugpersonals sie aus den Trümmern ihres Wagens hervorzogen. Das Unglück in Lombard ereignete sich im Geschäftsviertel.